



Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag • Die Woche im Bundestag •

## Die politische Lage in Deutschland Wir verurteilen die Ereignisse in Köln Flüchtlingszahl muss spürbar reduziert werden

Ein Selbstmordattentat hat in der belebten Gegend um die Hagia Sophia in Istanbul mindestens zehn deutsche Todesopfer gefordert. Damit zeigt der internationale Terrorismus wieder einmal sein grausames und menschenverachtendes Gesicht. Das Bekanntwerden der Ereignisse hat uns alle tief getroffen. Die Tat eines mutmaßlichen IS-Terroristen zeigt einmal mehr, dass der Kampf gegen den internationalen Terrorismus entschieden fortgesetzt werden muss. Hierfür brauchen wir eine breite Übereinkunft mit allen Verbündeten. Jetzt traf es Istanbul, zuvor schon traf es Paris, Tunesien, auch bereits Ankara und weitere Ziele weltweit. Das Ziel der Terroristen ist stets dasselbe: unsere Art zu leben. Unsere Anteilnahme gilt den Familien und Freunden der Opfer.

Auch die massive sexuelle Gewalt gegen Frauen durch vor allem junge arabische und nordafrikanische Männer in Köln, aber auch in Hamburg, Stuttgart, Hannover und weiteren Städten in Deutschland in der Silvesternacht ist widerwärtig und darf sich nicht wiederholen. Die brutalen Übergriffe und die Erkenntnisse, die sich mittlerweile aus den Ermittlungen ergeben, haben uns in dieser Woche im Bundestag intensiv beschäftigt. Die Regierungskoalition hat sich sehr schnell auf die rechtlichen Konsequenzen verständigt, die jetzt auch rasch in Gesetze umgesetzt werden müssen. Wir werden gemeinsam mit unserem Koalitionspartner gesetzliche Verschärfungen beschließen, mit denen erreicht werden soll, dass straffällige Ausländer und Migranten leichter ausgewiesen werden können bzw. ihnen die Flüchtlingseigenschaft entzogen werden kann. Dies gilt für alle Täter, die wegen gewalttätiger Angriffe auf das Leben einer Person, wegen Körperverletzung, Sexualdelikten, Angriffen auf Polizisten und wegen Serieneinbrüchen verurteilt wurden. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Strafe zur Bewährung ausgesetzt ist oder ob der Täter noch Heranwachsender ist.

Sollten sich bestimmte Staaten weigern, ihre straffällig gewordenen Staatsbürger zurückzunehmen, dann muss das dringend in Gesprächen mit diesen Ländern geklärt werden. Wir erwarten jetzt aber auch, dass die Bundesländer mitziehen, wenn es um den Vollzug bei der Abschiebung der Straftäter geht. Hier gibt auch die niedersächsische Landesregierung ein unrühmliches Bild ab. Rot-Grün hat auch hier noch erheblichen Nachholbedarf bei der Umsetzung der von Union und SPD gemeinsam beschlossenen Asylpakete sowie bei der Durchsetzung geltenden Rechts.

Uns allen ist bewusst, dass die derzeitigen Flüchtlingszahlen zu hoch sind. Es ist das gemeinsame Ziel von CDU und CSU, dass die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduziert wird. Die Bundeskanzlerin unternimmt alles, um hier zu einer europäischen Lösung zu kommen. Diese kann nur in gemeinsamer europäischer Solidarität und in enger Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern der Flüchtlingsbewegung funktionieren. Auch an einer Vereinbarung mit der Türkei wird derzeit gearbeitet.

In diesen Tagen ist viel von Toleranz und Respekt vor Religionen und Kulturen die Rede. Wie aber ist es darum gerade mit Bezug auf Christen in aller Welt bestellt? Die überkonfessionelle christliche Organisation Open Doors hat ihren jährlichen Bericht über die Christenverfolgung in aller Welt

vorgelegt. Dieser ist zutiefst beunruhigend. Denn der Grad der Verfolgung von Christen hat dramatisch zugenommen. Viele Millionen Menschen werden an Leib und Leben bedroht, nur weil sie sich zum Christentum bekennen. Mehr als 100 Millionen Christen leben in Ländern, in denen ihr Menschenrecht auf Religionsfreiheit nicht geachtet wird. Deutschland und Europa, aber auch die gesamte Weltgemeinschaft müssen noch stärker als bisher den wachsenden religiösen Fanatismus ächten.

Laut Auflistung von Open Doors ist insbesondere die Lage in Syrien und dem Mittleren und Nahen Osten besorgniserregend. In 35 der 50 Länder des „Weltverfolgungsindex“ ist der islamische Extremismus die Haupttriebkraft für die Verfolgung von Christen. Gruppen wie Boko Haram, Al Shabaab und der sogenannte Islamische Staat gehen dort mit extremer Gewalt gegen Christen und andere Minderheiten vor. Neben der Lage im Nahen und Mittleren Osten beklagt Open Doors in seinem neuesten Bericht aber auch negative Entwicklungen in Indien und Pakistan.

Derzeit spüren wir auch in Deutschland hautnah die Folgen von religiös begründetem Terror. Viele Menschen aus Syrien oder dem Irak kommen in unser Land, um Zuflucht zu suchen. Es sind Menschen, die in ihren Heimatländern vielfach um ihr nacktes Leben fürchten mussten. Es sind Christen, aber auch zum Beispiel Jesiden oder Muslime aus dem Irak. Als Christen und als Fraktion, die sich auf das christliche Menschenbild beruft, müssen wir auch weiter dafür eintreten, Verfolgten Zuflucht zu gewähren. Dabei sind aber auch die Möglichkeiten Deutschlands begrenzt. Wir müssen uns auf diejenigen konzentrieren können, die wirklich und akut wegen ihrer Religion oder ihrer politischen Überzeugung an Leib und Leben bedroht sind.

Ein wichtiger Schritt ist deshalb die Bekämpfung von Fluchtsachen in den Ländern oder Nachbarländern, aus denen Menschen fliehen. Hier ist besonders die UN-Flüchtlingshilfe gefragt. Es ist verheerend, dass die Hilfen für die Flüchtlingslager u.a. im Libanon zusammengestrichen wurden. Deutschland wird sich hier nachhaltig engagieren und die internationale Gemeinschaft weiter zu ihren Verpflichtungen drängen. Genauso wichtig wie die Nothilfe mit Lebensmitteln oder bei der Unterbringung ist es jedoch auch, rechtstaatlichen Strukturen wieder zur Geltung zu verhelfen. Gerade die Einhaltung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit ist dafür eine wichtige Grundlage. Denn oft werden Christen auch in den Flüchtlingslagern muslimischer Länder verfolgt.

Die derzeit extrem angespannte Lage im Nahen und Mittleren Osten macht die Situation nicht besser. Auch mit Ländern wie Saudi-Arabien oder dem Iran muss der Dialog weiter aufrecht erhalten bleiben. Es macht keinen Sinn, Gespräche mit Ländern, in denen Christen verfolgt werden, zu verweigern. Dann könnten wir vielleicht nicht mehr mit China oder mit der Türkei sprechen. Ganz im Gegenteil, wir müssen reden – und immer wieder Religionsfreiheit einfordern. Das kann durchaus Wirkung haben. Denn die allermeisten Länder wollen nicht als Verfolgerländer angeprangert werden.

## Die Woche im Parlament

**Drittes Gesetz zur Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes.** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in 1. Lesung beraten haben, verbessern wir die Förderleistungen des sogenannten „Meister-BAföG“. Unsere Bildungspolitik würdigt, dass auch und gerade im Handwerk viel für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes geleistet wird. Um es mehr jungen Menschen zu ermöglichen, ihren beruflichen Weg in diesem Wirtschaftszweig erfolgreich fortzuschreiben, haben wir das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz deutlich verbessert. In dem Gesetzentwurf ist u.a. der Kreis der Leistungsberechtigten deutlich erweitert worden. Wir wollen Antrag und Bezug der Unterstützung erleichtern und bauen deshalb die damit bisher verbundene Bürokratie ab. Am Wichtigsten ist, dass Leistungsberechtigte sich ab dem 1. August 2016 über eine höhere Förderung freuen dürfen. Mit diesem breiten Paket an Verbesserungen stärken wir das wichtigste Mittel für die Förderung der Aufstiegsfortbildung in Deutschland. Mit der spürbaren Verbesserung der Leistungen, die je in Teilen als Zuschüsse und Darlehen gewährt werden, rückt das sogenannte Meister-BaföG auf Augenhöhe zum BaföG der Studierenden. Wir setzen so in Zeiten eines deutlichen Trends zur Akademisierung der Ausbildung ein wichtiges Zeichen für die berufliche Bildung in Deutschland.

**Mehr Klarheit für den Verbraucher bei der Bezeichnung von Lebensmitteln – Das Deutsche Lebensmittelbuch und die Deutsche Lebensmittelbuch-Kommission reformieren.** Anlässlich der Eröffnung der Internationalen Grünen Woche stößt unser Antrag eine Reform des Deutschen Lebensmittelbuchs an. Da die Verkehrsbezeichnungen und Verarbeitungsverfahren den Ansprüchen und Erwartungen der Verbraucher nicht mehr gerecht werden, sinkt die Akzeptanz für diese in der Bevölkerung seit Jahren stetig. Ein Gutachten zur Reform empfiehlt die Annäherung von Verbraucher- und Herstellervorstellungen in den Leitsätzen, eine straffere Organisation der Lebensmittelbuch-Kommission und eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem Antrag greifen wir die Reformvorschläge des Gutachtens auf.

**Fortsetzung der Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der irakischen Streitkräfte.** Mit der Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Ausbildung kurdischer und irakischer Streitkräfte reagieren wir auf die anhaltend instabile Sicherheitslage im Irak durch militärische Gefechtsaktionen, Terroranschläge und Fluchtbewegungen. Seit Februar 2015 wurden im Rahmen der multinationalen Ausbildungsmission 4.800 Sicherheitskräfte im Raum Erbil ausgebildet. Die Mission hat dazu beigetragen einen weiteren Landgewinn durch den IS, der von den Vereinten Nationen als eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit eingeschätzt wird, zu verhindern. Im Norden konnten kurdische Peschmerga den IS in die militärische Defensive bringen. Ferner erweitern wir auf Grund der qualitativen und quantitativen Ausweitung der Ausbildungsunterstützung die Personalobergrenze von 100 auf 150 Soldaten. Wir folgen damit der Aufforderung nach militärischer Unterstützung der irakischen Regierung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des IS auf verfassungs- und völkerrechtlich konformer Grundlage.

**Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über Tabakerzeugnisse und verwandte Erzeugnisse.** In 1. Lesung behandelten wir ein Gesetz zur Umsetzung der europäischen Tabakproduktrichtlinie. Die Bestimmungen sollen die gesundheitgefährdenden Risiken des Rauchens verdeutlichen und den Gesundheitsschutz stärken. Unter anderem müssen Gesundheitsbezogene Warnhinweise auf Verpackungen von Tabakerzeugnissen deutlich sichtbar sein. Weiterhin wird das Inverkehrbringen von Zigaretten und Tabak zum Selbstdrehen verboten, die aromatische Bestandteile enthalten, mit denen sich der Geruch, Geschmack oder die Rauchintensität verändern lassen. Das Verbot betrifft auch das Inverkehrbringen von Filtern, Papieren oder Kapseln, soweit diese Tabak oder Nikotin enthalten. Erstmals sind auch Vorschriften für nikotinhaltige E-Zigaretten und mediale Werbeverbote für pflanzliche Tabakprodukte vorgesehen.

**Gesetz zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Datenaustauschverbesserungsgesetz).** Mit dem Gesetzentwurf, den wir beschlossen haben, verbessern wir den Austausch der Daten von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Personen, die unerlaubt nach Deutschland einreisen oder sich unerlaubt aufhalten, zwischen den beteiligten Stellen. So verhindern wir aufwändige Mehrfacherfassungen. Die aktuell sehr hohen Flüchtlingszahlen haben gezeigt, dass wir den Datenaustausch zwi-

schen Bund, Ländern und Kommunen umfassend modernisieren müssen. Neben den bereits heute schon zu speichernden Grundpersonalien werden etwa auch Fingerabdrücke sowie Angaben zu Gesundheit und Bildung in einer zentralen Datenbank erfasst. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, welches die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird. Wir erreichen so eine dringend notwendige Verbesserung der Erfassung und des Austausches der Daten von Asylbewerbern, wodurch Mehrarbeit vermieden und Abläufe beschleunigt werden können.

**Bevölkerungsstatistiken verbessern – Zivile Registrierungssysteme stärken.** Wir haben die Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses zu diesem Antrag beraten, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eingebracht haben und der die zentrale Rolle der Geburtenregistrierung, nicht zuletzt für die deutsche Entwicklungsarbeit, betont. Geburtenregistrierung ist ein zentrales Instrument zur Sicherstellung wesentlicher Rechte als Staatsbürger von Anbeginn des Lebens an. Jährlich werden weltweit jedoch rund 230 Mio. Neugeborene nicht registriert, mit der Konsequenz, dass ihnen die Teilhabe am staatlichen Leben vielfach nicht möglich ist. Auch für Staaten selbst sind funktionierende Registrierungssysteme wichtig, um auf einer verlässlichen Datenbasis nachhaltige Strategien zur Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge entwickeln und umsetzen zu können.

**Gesetz zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz.** Mit dem Gesetz, das wir in 1. Lesung beraten haben, sollen für die Gläubiger Rechtsunsicherheiten in der Anwendung des Anfechtungsrechts von Insolvenzverwaltern beseitigt werden. Der Gesetzentwurf zielt insbesondere auf die Schaffung von Planungssicherheit im Geschäftsverkehr und auf das Vertrauen der Arbeitnehmer in ausgezahlte Löhne. Grundlage der Gesetzesreform ist eine Neujustierung der Vorsatzanfechtung nach §133 Insolvenzordnung. Es wird nunmehr eine Unterscheidung zwischen Deckungsgeschäften, bei denen der Gläubiger eine Leistung sowie eine Sicherheit erhält, und Vermögensverschiebungen sowie Bankrotthandlungen vorgenommen. Die Anfechtungsfrist wird bei Deckungsgeschäften von zehn auf vier Jahren verkürzt. Wir stellen außerdem gesetzlich klar, dass die von einem Gläubiger gewährte Zahlungsverleichterung als solche kein Anfechtungsgrund darstellt.

## Daten und Fakten

**Arbeitsmarkt auf Rekordniveau.** 2015 war ein Erfolgswort für den Arbeitsmarkt. Im vergangenen Jahr waren 43 Mio. Menschen in Deutschland erwerbstätig – so viele wie noch nie zuvor. Die Zahl stieg um 324 000 im Vergleich zum Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer wuchs um 1,1 % auf 38,7 Mio. Menschen. Zugleich liegt die Anzahl der offenen Stellen auf Rekordhoch. Somit sind insbesondere die Arbeitnehmer Profiteure der robusten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Herausforderung der Betreuung von Flüchtlingen betrifft aber auch die arbeitsmarktpolitische Entwicklung. Die ersten Anzeichen sind bei der zunehmenden Nachfrage nach Wach- und Sicherheitspersonal, Fachkräfte für den sozialen Sektor sowie Verwaltungsmitarbeitern zu konstatieren. Durch den Zuzug von arbeitslosen Flüchtlingen werden auch die Arbeitslosenzahlen eine Anpassung erfahren müssen. Für 2016 werden demnach zwischen 40.000 und 100.000 mehr Arbeitslose erwartet.

(Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur f. Arbeit)

**CDU/CSU** Fraktion im Deutschen Bundestag  
Landesgruppe Niedersachsen

**Vorsitzender:**  
Dr. Mathias Middelberg MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 – 227 79498  
Fax: 030 – 227 70139  
Email: [stefan.krueppel@cducsu.de](mailto:stefan.krueppel@cducsu.de)  
Internet: [www.lg-nds.de](http://www.lg-nds.de)

*Diese Veröffentlichung der Landesgruppe dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.*